

immer mit nationalen Vorzeichen drapiert hatten, mit grausamer Deutlichkeit. Die Entwicklung wurde abgeschlossen mit dem Gesetz gegen Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933: »In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei«. Damit folgte der Nationalsozialismus dem Gesetze, nach dem er angetreten war. Gewiß hatte die NSDAP. nicht nötig, sich gesetzlich eine Ausschließlichkeit zu sichern, die ihr jede Auseinandersetzung ersparen sollte, wie es im Aus- und Inland vielfach behauptet worden ist. Um seinen großen geschichtlichen Zukunftsaufgaben genügen zu können, mußte das deutsche Volk von jeglichen inneren Auseinandersetzungen, von denen die Parteien lebten, befreit werden. Die NSDAP., längst als alleiniger politischer Willensträger der Nation vom Volke akklamiert, vollzog mit dieser Maßnahme nur eine Forderung des gesamten deutschen Volkes. Das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933 bestimmt: »Die NSDAP. wird als Trägerin öffentlichen Rechts erklärt und mit dem Staate unlösbar verbunden. Der Stellvertreter des Führers Pj. Heß und Stabschef Röhm werden zu Reichsministern ernannt«. Damit übernimmt die NSDAP. als politischer Orden die Bürgerschaft für die Ordnung des staatlichen Lebens nach den Ideen der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Deutsches Volk ist als Einheit im Marxismus, im bürgerlichen Parteienwesen, verneint worden, aber damit hat es nicht sein Bewenden gehabt. Die geschichtliche Entwicklung mehrerer Jahrhunderte hatte starke Bastionen gegen unsere Volkwerdung auch in den Ländern gezeitigt, die einem unseligen Partikularismus verfallen waren. Seine Wurzeln reichten zurück in eine Zeit, da in Deutschland nach dem Zerfall der fränkischen Lehnordnung ein Territorialfürstentum aufgekommen war. Der Partikularismus der Länder war geblieben, als im Jahre 1918 die Fürsten abtraten. Er fand in den Parteien eine Pflegestatt. Wir erlebten seit 1918 immer wieder, wie sich verschiedenartige Parlamentsmehrheiten in der Reichs- und Länderführung gegenüberstanden und damit die Ausbildung eines einheitlichen politischen Willens der Nation verhinderten. Das Ergebnis, das der Nationalsozialismus vorfand, war also auch hier staatliche Anarchie; von einheitlicher Reichsführung konnte keine Rede sein. Die Revolution mußte somit auch auf diesem, für die politische Einheit des Volkes besonders wichtigem Gebiet durchgreifen. Zunächst mit einer provisorischen Lösung durch das Reichsstatthaltergesetz vom 7. April 1933, das aber bereits die künftige Form der neuen Reichseinheit ahnen ließ: In den Ländern werden von Reichs wegen Reichsstatthalter eingesetzt, welche die einheitliche Führung des Reiches in allen seinen Teilen zu verbürgen haben. Am ersten Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution wurde dann das grundlegende Gesetz über den Neubau des Reiches verkündet. Es hebt die Volksvertretungen der Länder endgültig auf und überträgt die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich; die Landesregierungen, ebenso die Reichsstatthalter unterstehen der Reichsregierung; die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen. Nicht die Länder dynastischer Überlieferung, sondern die deutschen Stämme und Gaue sollen die Grundlage für das neue Reich abgeben. Der unheilvolle Dualismus zwischen Reich und Ländern, den selbst Bismarck nicht zu bannen imstande war, ist beseitigt. Die Reichsregierung hat mit dem Artikel über das neue Verfassungsrecht alle Vollmachten für die Schaffung einer neuen deutschen Verfassung erhalten. Das Gesetz ist als Rahmengesetz verabschiedet worden, um nichts zu überstürzen, das Neue soll organisch und nach dem Ermessen der Reichsregierung gestaltet werden. Eine Reihe von Ausführungsbestimmungen ist aber bereits ergangen.

Der Initiative des preussischen Ministerpräsidenten Hermann Göring ist eine rasche Fortentwicklung der Pläne zum Neubau des Reiches zu danken. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ist der Reichsminister des Innern Dr. Frick zugleich preussischer Innenminister; das größte deutsche Land, Preußen, vollzieht damit eine Entwicklung ins Reich hinein, die für die Gestaltung der Reichseinheit von bleibender Bedeutung sein wird. Die gleichzeitige Ernennung des preussischen Kultusministers Rust zum Reichserziehungsminister ergänzt diesen Vorschlag und führt ihn fort. In klaren und bezwingenden Linien heben sich die Umrisse des ersten Führerstaates der Welt ab.

Gewiß verlief diese Entwicklung nicht so einfach und kampflös, wie es die rasche Aufzählung der Erscheinungen und Ereignisse vermuten lassen kann. Die Leistung der nationalsozialistischen Revolution im Jahre des Durchbruchs wird immer nur dem in ihrer Größe verständlich sein, der die Fronten und Machtstellungen volksfeindlicher Mächte in Deutschland erlebt hat. Daß sie überannt werden konnten, war der Lohn eines nie versagenden Glaubens, eines immer wieder gewagten Angriffs junger revolutionärer Menschen, deren Feuer sich dem Volke mitteilte. Nicht Brachialgewalt entschied den Sieg der Revolution, sondern der Glaube an ihre Geschichtsnotwendigkeit. Wie wäre anders die große Volksabstimmung vom 12. November 1933 zu erklären gewesen, bei der rund 40 Millionen Deutsche, das ganze deutsche Volk dem Führer einen Beweis uneingeschränkter Vertrauens lieferte. Am 17. Mai 1933 hatte der Reichskanzler unter Hochspannung der ganzen Welt seine große Friedensrede im Reichstage gehalten: »Weder politisch noch wirtschaftlich könnte die Anwendung irgendwelcher Gewalt in Europa eine günstigere Situation hervorrufen, als sie heute besteht. Neue Kriege, neue Opfer, neue Unsicherheit und eine neue Wirtschaftsnot würden die Folgen sein. Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende aber müßte zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung führen«. Die Rede des Reichskanzlers widerlegte die Lüge, daß der Nationalsozialismus auf einen neuen europäischen Krieg dränge. Aber sie erhob zugleich den Anspruch der Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern der Welt, sie forderte den Rang, der dem deutschen Volke gebührte. Der Anspruch auf Gleichberechtigung blieb Deutschland verwehrt. Deutschland erklärte den Austritt aus dem Völkerbund und Adolf Hitler begründete in einer Rundfunkrede am 14. Oktober 1933 den Schritt: »Die deutsche Regierung ist zutiefst erfüllt von der Überzeugung, daß ihr Appell an die ganze deutsche Nation der Welt beweisen wird, daß die Friedensliebe der Regierung genau so wie ihre Ehrauffassung Friedenssehnsucht und Ehrauffassung des ganzen Volkes sind«. Das Ergebnis der großen Abstimmung war nicht nur außenpolitisch eine einmütige Kundgebung des Volkes, es bewies zugleich auch innerpolitisch der Regierung die spontane Zustimmung des ganzen Volkes. Seitdem ist trotz allem Rotenwechsel innerlich der Entscheid über die deutsche Gleichberechtigung gefallen. Deutschland muß den Weg gehen, den die Ehre des Volkes ihm vorschreibt; die Zeit pazifistischer Entmannung, die ein schwaches Geschlecht sich bisher hatte gefallen lassen, ist vorbei. Daß Deutschland dabei den Frieden nicht stört, sondern ihn im Gegenteil festigt, hat es bei dem Abkommen mit Polen zur Genüge bewiesen. Deutschland appelliert mit seinem Vorgehen an die soldatischen Menschen unter den Völkern der Welt, bei denen das Gefühl für die Ehre eines Volkes lebendiger ist als bei den Händlern, für die Ehre ein Geschäft ist wie jedes andere. —

Die Rückbesinnung auf die Urkräfte des Volkes löste vor allem das Bauerntum aus der Verstrickung einer ihm fremden Welt. Die mechanische Betrachtungsweise des vergangenen Jahrhunderts hatte das Bauerntum seines Wertes entkleidet. Im Bauerntum selbst hatte materialistisches Denken Verufung und Aufgabe vergessen lassen. Das Reichserbhofgesetz vom 29. September 1933 gab der großen Bedeutung von Blut und Boden für die Regeneration unseres Volkes gesetzlichen Ausdruck. Nach ihm sind Erbhöfe unveräußerlich, unteilbar, unpfändbar, auch nicht zu verpachten. Einzig ihre Eigentümer dürfen sich Bauern nennen. Auch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Volksgesundheit und der Rassenhygiene, wie sie in den Gesetzen zur Verhütung erbkranken Nachwuchses ihren Ausdruck fanden, dienen der Aufgabe der Regeneration unseres Volkskörpers.

Ausdruck der Seele eines Volkes ist seine Kultur. Ihre Leistungen sind Spiegel des Aufgangs und des Niedergangs. Die kulturellen Leistungen des Novemberstaates waren immer nur Ausweis für die seelische Zerrissenheit des deutschen Volkes. Der Geist der Revolution drang in alle Gebiete des kulturellen Lebens ein, beseitigte die Verfallserscheinungen und stellte alle Äußerungen der Seele unter die Verpflichtung heroischer Weltanschauung. Dr. Goebbels schuf das Reichskulturkammergesetz vom 22. September 1933, das im Rahmen einer Kulturkammer Einzelkammern für Schrifttum, Presse, Rundfunk, Theater, Musik, bil-